

## Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

### zu dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvR 420/21

#### A. Problem

Mit der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 420/21 wenden sich mehrere Beschwerdeführende gegen das Pandemie-Notfallankaufprogramm der Europäischen Union (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP). Sie sehen in dem Hilfsprogramm einen Ultra-vires-Akt der Europäischen Zentralbank und in dem Unterlassen des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung hierauf einzuwirken einen Verstoß gegen das Demokratieprinzip gemäß Artikel 20 Absatz 1 und Absatz 2 sowie gegen Artikel 38 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz.

Ein Beitritt des Deutschen Bundestages zu dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvR 420/21 gemäß § 94 Absatz 5 Satz 1 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes würde seine prozessuale Stellung stärken, insbesondere könnte er als beigetretener Äußerungsberechtigter gemäß § 94 Absatz 5 Satz 2 BVerfGG auf der Durchführung einer mündlichen Verhandlung bestehen.

#### B. Lösung

Der Rechtsausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, in dem Verfahren eine Stellungnahme abzugeben und die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen Prozessbevollmächtigten zu bestellen sowie dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvR 420/21 beizutreten.

#### C. Alternativen

Keine.

#### D. Kosten

Kosten der Prozessvertretung.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

in dem Verfahren eine Stellungnahme abzugeben und die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen Prozessbevollmächtigten zu bestellen sowie dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvR 420/21 beizutreten.

Berlin, den 26. Januar 2022

**Der Rechtsausschuss**

**Elisabeth Winkelmeier-Becker**  
Vorsitzende

**Bericht der Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Elisabeth Winkelmeier-Becker**

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 4. Sitzung am 26. Januar 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD beschlossen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, in dem Verfahren eine Stellungnahme abzugeben und die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen Prozessbevollmächtigten zu bestellen sowie dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvR 420/21 beizutreten.

Berlin, den 26. Januar 2022

**Elisabeth Winkelmeier-Becker**  
Vorsitzende

